

Wahlkampf 2013 hat bereits begonnen

13 Monate nach der letzten Bundestagswahl ist die bundesdeutsche Parteienlandschaft kräftig in Bewegung geraten. Geht die Dynamik so weiter, dann dürfte die politische Landkarte 2013 kaum wiederzuerkennen sein.

DIE LINKE tut sich jedoch zweifellos schwer, die ihr gebotenen Chancen zu nutzen. Es gibt in Teilen der Partei ein gewisses Unbehagen über die als unbefriedigend empfundene Rolle, die DIE LINKE derzeit in der öffentlichen Wahrnehmung spielt. In dem in den letzten Tagen immer wieder beschworenen Strategiepapier von Lötzsch, Ernst und Gysi heißt es daher richtigerweise: „Durch das Agieren von SPD, Grünen und Medien sowie unsere Passivität und Selbstbeschäftigung haben wir in der Bevölkerung seit der Bundestagswahl 2009 an Zuspruch eingebüßt.“ Das lag sicher nicht nur an der sogenannten Gehaltsaffäre und anderen Stockfehlern von Führungskräften der Partei in der jüngsten Vergangenheit. DIE LINKE hat ihre Rolle in einer deutlich gewandelten Oppositionslandschaft noch nicht endgültig gefunden bzw. verinnerlicht, obgleich klar ist: nur durch die Stärkung unseres Profils mit den drei Markenzeichen Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden haben wir eine Chance auf wachsende Zustimmung in der Bevölkerung. Es ist eigentlich genug gesellschaftliches Konfliktpotenzial und damit die verbundene politische Notwendigkeit vorhan-

den, in diesen Feldern weiter Einfluss zu gewinnen, für außerparlamentarischen Widerstand gibt es derzeit viel Rückenwind.

Allerdings hat der auch von uns gern beschworene „heiße Herbst“ noch nicht die notwendige Betriebstemperatur erreicht, obwohl die Bundesregierung trotz verheerender Umfragewerte immer dreister ihre unsoziale Kahlschlagpolitik und Haushaltskonsolidierung betreibt. Vor allem die sozial Benachteiligten sollen mit dem Kürzungspaket für die Finanzkrise zahlen, die Regierung spaltet die Gesellschaft noch stärker. Kanzlerin Merkel kürzt vor allem bei denen, die ohnehin am Wenigsten haben - bei den Erwerbslosen, Eltern und Alleinerziehenden.

DIE LINKE organisiert zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und außerparlamentarischen Bewegungen gegen diese unsoziale Politik von schwarz-gelb in Berlin und Dresden Widerstand. Gemeinsam müssen wir den Druck aber weiter erhöhen, um den Sozialkahlschlag erfolgreich zu stoppen, der gerade auch die Städte und Gemeinden weiter in die Verschuldung treibt.

Es wird für unsere Stadtratsfraktion in den nächsten Wochen und Monaten darauf ankommen, trotz dieser durch Bund und Land hervorgerufenen finanziellen Zwänge - die Leipzig derzeit ein geplantes Haushaltsdefizit von 54 Millionen Euro bescheren - überzeugend

als linke alternative Gestaltungspartei in Erscheinung zu treten. Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts hat für uns oberste Priorität und wird den roten Faden unseres Umgangs mit dem Haushaltsentwurf bilden. Und das schließt den konsequenten Kampf um den Erhalt des Naturkundemuseums mit ein. Ich denke, der Parteitag sollte heute ebenso wie die Stadtratsfraktion ein deutliches Signal aussenden, dass die Leipziger LINKE entschieden die hauptsächlich vom Oberbürgermeister gegen den erklärten Widerstand unseres Kulturbürgermeisters vorangetriebene Schließung des Naturkundemuseums ablehnt.

Wir hatten trotz des enormen Kräfteverschleißes des Super-Wahljahres 2009 mit insgesamt vier Wahlen und eben vier Wahlkämpfen im Jahr 2010 keine längere Verschnaufpause und sollten auch 2011 nutzen, uns mit Weitblick und programmatischer Klarheit auf die nächsten harten Auseinandersetzungen vorzubereiten. Es geht in bereits absehbarer Zeit um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unserer Stadt. Darauf muss sich jedes Mitglied der LINKEN und jeder Sympathisant einstellen. Im Herbst 2010 hat die Schlacht um das Leipziger Rathaus begonnen. Das Neue Rathaus soll sturmreif geschossen werden für einen CDU-Bewerber für den Posten des Oberbürgermeisters. Noch ist ein überzeugendes personelles Angebot der Konservativen nicht in Sicht, doch verfügt die CDU über nicht zu unterschätzende Ressourcen und unbändigen Durchsetzungswillen, um einen geeigneten Kandidaten aufzubauen. Es gibt keinen Grund, die politische Sturmstärke, auf die wir uns einzustellen haben, zu unterschätzen. Wir tun deshalb gut daran, unsere Kräfte zu bündeln und ebenfalls öffentlich Tacheles zu reden. Die Gefahr ist groß, dass lange vor dem Frühjahr 2013 die schmutzige Auseinandersetzung um den Posten des Leip-



ziger Stadtoberhauptes beginnen wird. Vor uns liegen etwas mehr als zwei Jahre des politischen Trommelfeuers und der demagogischen Vernebelung aus Richtung Dresden.

Jeder, der die Politik auf der Landesebene genau verfolgt und sich umhört,

weiß seit Langem, dass die CDU Himmel und Hölle in Bewegung setzen wird, um den Leipziger Oberbürgermeister zu stellen. Ich spreche hier nicht über eine peinliche christdemokratische Bundestagsabgeordnete, die in LVZ-Äußerungen die Stadt Leipzig madig macht und

schlaumeierische Ratschläge für kommunalpolitische Bereiche erteilt, für die sie vor einem reichlichen Jahr selbst noch Verantwortung als Beigeordnete trug.

Dr. Volker Külöw

Ergebnisse Stadtparteitag

Wahlergebnisse

Nachwahl Stadtvorstand

abgegebene Stimm Scheine: 109

Nora Schulze 98 Stimmen (89,9%)

Damit wurde Nora Schulze in den Stadtvorstand nachgewählt.

Wahl Delegierte Landesparteitag Jugendliste weiblich

abgegebene Stimm Scheine: 109

Nele Werner 94 Stimmen

Nadja Guld 93 Stimmen

Damit wurden Nele Werner und Nadja Guld als Delegierte zum Landesparteitag gewählt.

Jugendliste gemischt

abgegebene Stimm Scheine: 109

Julius Späte 71 Stimmen

Marco Böhme 57 Stimmen

Steffen Juhran 48 Stimmen

Damit wurden Julius Späte und Marco Böhme als Delegierte zum Landesparteitag gewählt.

Frauenliste

abgegebene Stimm Scheine: 109

Angela Müller 98 Stimmen

Cornelia Falken 95 Stimmen

Elke Gladysz 95 Stimmen

Steffi Deutschmann 91 Stimmen

Skadi Jennicke 91 Stimmen

Ilse Lauter 91 Stimmen

Juliane Nagel 86 Stimmen

Maritta Brückner 78 Stimmen

Damit wurden Angela Müller, Cornelia Falken, Elke Gladysz, Steffi Deutschmann, Skadi Jennicke, Ilse Lauter, Juliane Nagel und Maritta Brückner als Delegierte zum Landesparteitag gewählt.

gemischte Liste

abgegebene Stimm Scheine: 109

Heiko Rosenthal 89 Stimmen

Volker Külöw 79 Stimmen

Dietmar Pellmann 78 Stimmen

Sören Pellmann 70 Stimmen

Siegfried Schlegel 70 Stimmen

Michael-Alexander Lauter 66 Stimmen

Keith Barlow 62 Stimmen

Martin Bertram 62 Stimmen

Thomas Netzer 59 Stimmen

Holger Weidauer 55 Stimmen

Steffen Juhran 20 Stimmen

Andreas [REDACTED] 14 Stimmen

Steffen Reichardt 12 Stimmen

Damit wurden Heiko Rosenthal, Volker Külöw, Dietmar Pellmann, Sören Pellmann, Siegfried Schlegel, Michael-Alexander Lauter, Keith Barlow und Martin

Bertram als Delegierte zum Landesparteitag gewählt.

Beschlüsse

Es wurde beschlossen, dass DIE LINKE sich für den Erhalt des Naturkundemuseums einsetzt, außerdem sollen integrationspolitische Leitlinien erarbeitet werden. Die beschlossenen ökologischen Leitlinien zur Energie- und Klimapolitik sind in der Geschäftsstelle erhältlich oder stehen im Internet zum download bereit.



Am 15. Dezember 1960 wollte Dr. Ernesto Ché Guevara während seines Besuchs der DDR in Leipzig. Ché lernte während dieses weithin unbekanntenen Leipzig-Aufenthaltes Tamara Bunke näher kennen, die ihn als Dolmetscherin in der Messestadt begleitete. Nach einem Treffen mit kubanischen Studenten an der Karl-Marx-Universität besuchte er das Ring-Café.

Auf den Tag 50 Jahre danach, wollen wir an diesem historischen Ort würdig an die Visite von Ché erinnern. Zugleich möchten wir mit kompetenten Gesprächspartnern den Bogen in das revolutionäre Heute Lateinamerikas spannen.

Der Abend wird durch Mitwirkung der renommierten Gruppe »Cubano Son« aus Chemnitz auch kulturell ein nachhaltiges Erlebnis.

**Mittwoch, den 15. Dezember 2010, 19.00 Uhr, Ring-Café,
Roßplatz 8/9**

Eintritt: Vorverkauf 4 Euro, ermäßigt 3 Euro; Abendkasse 6 Euro, ermäßigt 4 Euro

Mitwirkende:

S.E. Raúl Becerra Egaña, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Republik Kuba in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Peter Gärtner, Lateinamerikawissenschaftler, Leipzig

Dr. Volker Külöw, MdL DIE LINKE, Leipzig

Miriam Näther, AG Cuba sí, Koordinierungsrat Berlin

Veranstalter: AG Cuba sí Leipzig, Quetzal Leipzig, Deutsch-Spanische Freundschaft e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen u.a.

In Medienpartnerschaft mit der Zeitung

Neues Deutschland
DRUCK VON LINKS

Cuba sí Rosa Luxemburg
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Rot-Rot-Grün gegen schwarz-gelbe Kultur-Kürzungen – bitte auch in Leipzig

Zur Aufforderung des Leipziger CDU-Chefs Hermann Winkler an SPD-Oberbürgermeister Jung, das Abwahlverfahren gegen Kulturbürgermeister Michael Faber selbst einzuleiten, erklärt Dr. Volker Külöw, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Ich bin Herrn Winkler sehr dankbar, dass er namens der Leipziger Christdemokraten die natur-gemäß sehr schwarze parteipolitische Katze aus dem Sack gelassen hat. Oberbürger-

meister Jung soll für die CDU als „nützlicher Idiot“ die Drecksarbeit machen, um ihn anschließend umso gezielter ins Visier nehmen zu können.

Fakt ist: Gegen die von der schwarz-gelben Staatsregierung geplante Kultur-Demontage gab es von Anfang an rot-rot-grünen Widerstand im Landtag und in den Kommunen. Dieser muss fort-gesetzt werden, bis die aufgrund des großen politischen Druck teilweise zurückgenommenen Kürzungen bei der Kultur gänzlich vom Tisch sind. Es

ist absolut kontraproduktiv, wenn sich nun diejenigen, die für die Bewahrung der kulturellen Substanz gerade auch in Leipzig stehen, über Fragen nach Details des politischen Vorgehens gegeneinander ausspielen lassen.

Ich kann Herrn Jung und der Leipziger SPD angesichts dieser Konstellation nur dringend an-raten, bei der weiteren Entscheidungsfindung über den kommunalpolitischen Tellerrand hinauszublicken und die Kulturpolitik in ganz Sachsen, aber auch die Frage der politischen Kultur im Blick zu behalten. Damit wäre auch den Häusern der Leipziger Hochkultur am besten gedient.

Dr. Volker Külöw

Pläne der Staatsregierung zur Lehrerbildung sind falscher Weg / Schulwesen wird zementiert

Zu den vorgestellten Plänen der Staatsregierung zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung in Sachsen, sagt die Sprecherin für Bildungspolitik, Cornelia Falken:

Einer vorausschauenden Lehrerbildung werden die Überlegungen von Wissenschaftsministerin und Kultusminister zur Zukunft der Lehrerbildung in Sachsen nicht gerecht. Sieht man einmal von den vielen Plattitüden wie der Verbesserung der Qualität und Selbstverständlichkeiten wie der, dass „alle derzeit eingeschriebenen Studenten einen anerkannten Abschluss“ erwerben können, ab, dann bedeuten die Pläne beider Ministerien eher einen Rückschritt denn einen Fortschritt.

Dass die schulpraktischen Anteile stei-

gen sollen, begrüßen wir. Das allerdings kostet Geld und erfordert mehr Personal an den Schulen. Wir begrüßen auch, dass die TU Dresden wieder einen vollständigen Lehramtsstudiengang einrichten kann. Damit kommt die Staatsregierung spät, aber immerhin nicht zu spät einer Forderung der LINKEN nach. Denn genau diese Fortführung der Lehramtsausbildung in Dresden forderten wir schon im Februar in einem Antrag (Drs 5/1305). Die Koalitionsmehrheit hatte ihn seinerzeit abgelehnt.

Klar abzulehnen ist jedoch das Ansinnen der Staatsregierung, die Lehramtsstudiengänge strikt auf eine bestimmte Schulart auszurichten. Eine wirklich zukunftsfeste Lehramtsausbildung ist

schulartübergreifend. Und diese zementiert das gegliederte Schulwesen eben gerade nicht!

Die OECD bemängelt seit langem, dass die „starke Fragmentierung nach Schularten und Fächern einer der Hauptschwachpunkte des gesetzlichen Rahmens für die Ausbildung und Beschäftigung von Lehrkräften in Deutschland“ ist. Mit der Ablehnung von Polyvalenz in der Lehramtsausbildung schert der Freistaat schließlich – zumindest der Tendenz nach – aus dem Bologna-Prozess aus.

Die Verkürzung der Studiendauer und die strikt schulartbezogene Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ist kein geeignetes Mittel, dem Lehrermangel in Sachsen abzuwehren. Und einer modernen Lehrerbildung entsprechen sie schon gar nicht.

Cornelia Falken

Staatsregierung kommuniziert Mittelkürzungen bei Betreuungsvereinen als unabwendbar

Das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMSV) kommuniziert die beabsichtigten Mittelkürzungen gegenüber sächsischen Betreuungsvereinen bereits heute als gegeben, obwohl der Doppelhaushalt 2011/2012 mitnichten beschlossen ist. Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Dr. Dietmar Pellmann:

Wie selbstherrlich ist eine Staatsregierung eigentlich, die ohne die notwendige Zustimmung durch den Landtag vollendete Tatsachen schafft? Der zurzeit praktizierte Umgang mit den Be-

treuungsvereinen in Sachsen darf als Beleg dafür gelten, wie autistisch die Staatsregierung agiert und damit den Landtag brüskiert.

Nach dem Entwurf der Staatsregierung zum Doppelhaushalt 2011/2012, sollen die Landeszuwendungen für die sächsischen Betreuungsvereine von 400.000 Euro in diesem Jahr auf 143.000 Euro im kommenden Jahr gekürzt werden, obwohl die Zahl der zu Betreuenden in den nächsten Jahren eher weiter ansteigen wird. An die Vereine ist nun die Aufforderung ergangen, sich auf diese Kürzungsorgie einzustellen.

Die dazu in einer Stellungnahme des SMSV angeführten „Begründungsargumente“ sind mehr als hanebüchen. So sollen die Mittelkürzungen Anreize dafür schaffen, dass die Vereine weitere ehrenamtliche Betreuer gewinnen und diese dann auch schulen und anleiten. Wie das angesichts der Reduzierung des Landeszuschusses um zwei Drittel ernsthaft geschehen soll, ist mehr als fraglich.

Im Übrigen, so das Ministerium weiter, sollen die Kommunen die Differenz ausgleichen. Als ob diese gerade im Sozialbereich nicht schon genug geschröpft werden! Die Konsequenz wird sein, dass Betreuungsvereine ihre Tätigkeit erheblich einschränken oder gar

einstellen müssen, was den Freistaat am Ende viel teurer kommen wird, als wenn die Zuschusshöhe beibehalten würde.

Wir werden die Pläne der Staatsregie-

rung keinesfalls unwidersprochen hinnehmen und per Änderungsantrag zum Doppelhaushalt wenigstens die Beibehaltung des bisherigen Zuschussbetrages fordern. Die Koalitionsfraktionen

können dann offenbaren, ob es ihnen wirklich ernst mit Veränderungen im Entwurf des Sozialhaushaltes ist oder ob sie den Landtag lediglich als Abnickinstanz verstehen. **Dr. Dietmar Pellmann**

Offener Brief an Bundeskanzlerin

Brief der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 6. Seniorenpolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE Leipzig an die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie hatten vor einigen Wochen einen „Herbst der Entscheidungen“ durch die von Ihnen geführte Bundesregierung und die sie tragende Koalition angekündigt. Auf unserer heutigen Seniorenpolitischen Konferenz im Leipziger Neuen Rathaus haben wir uns ausführlich mit den in diesen Tagen vom Bundestag zu verabschiedenden neuen gesundheitspolitischen Regelungen befasst. Sie werden verstehen, dass wir als ältere Menschen naturgemäß an einer stabilen medizinischen Versorgung in hoher Qualität interessiert sind, die allen, unabhängig von Alter und Einkommen, zur Verfügung steht.

Unserer Generation, die in ihrem arbeitsreichen Leben viele Entbehrungen auf sich nehmen musste, ist wohl bewusst, dass auch im Gesundheitswesen ein sparsamer und effektiver Einsatz der finanziellen Mittel nötig ist und

nicht alles, was wünschenswert wäre, auch realisiert werden kann. Gerade deshalb sollte es aber gerecht und solidarisch zugehen!

Genau das vermissen wir jedoch an den neuen gesetzlichen Regelungen, die wir beim besten Willen nicht als Reform ansehen können. Vielmehr zielen sie ganz offensichtlich bewusst darauf ab, das bewährte System der gesetzlichen Krankenversicherung weiter zu untergraben, indem Sie die gesetzlich Krankenversicherten zusätzlich belasten, den weiteren Ausstieg aus der paritätischen Beitragseinzahlung forcieren, den Einstieg in die Kopfpauschale vorantreiben, die private Krankenversicherung bevorzugen, vor der Pharmalobby eingeknickt sind und verkrustete Strukturen nicht wenigstens ansatzweise aufgebrochen haben. So wird auch diese neue so genannte Gesundheitsreform den Weg ihrer Vorgängerinnen gehen und keines der drängenden gesundheitspolitischen Probleme lösen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin!

Alle relevanten Umfragen bestätigen: Die große Mehrheit der Bevölkerung

lehnt den gesundheitspolitischen Kurs Ihrer Regierung strikt ab. Dringend nötig wäre ein Umsteuern, anstatt der Öffentlichkeit die von angeblichen Sachzwängen diktierte Alternativlosigkeit Ihrer Politik zu suggerieren. Unsere Vorstellungen für ein solidarisches und gerechtes Gesundheitswesen beinhalten daher,

- die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle einzahlen,
- die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze,
- die weitere Reduzierung der bestehenden Krankenkassen bis hin zur gesetzlichen Einheitskasse
- die gezielte Förderung von Polikliniken,
- die Einführung einer Positivliste für Medikamente,
- die Absenkung der Mehrwertsteuer für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie
- die ersatzlose Streichung der Praxisgebühr.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 6. Seniorenpolitischen Konferenz, Leipzig, den 11. November 2010

Mütter in Europa

Entscheidungen auf europäischer Ebene stehen häufig in der Kritik. Zum einen wird oftmals die Undurchsichtigkeit von Entscheidungsprozessen bemängelt, zum anderen das unübersichtliche Wirrwarr der Vielzahl von Richtlinien und nicht selten auch die Schwierigkeit der Umsetzung dieser in den Mitgliedsstaaten. Dass Entscheidungen auf europäischer Ebene positive Wirkungen erzielen können, zeigte die jüngste Abstimmung im Europäischen Parlament zum Thema Mutterschutzrichtlinie bezüglich des Mutter- und Vaterschaftsurlaubs. Mit eindeutiger Mehrheit hat das Parlament umfangreiche Änderungen der Richtlinie beschlossen, welche auch die Erweiterung des Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub als Mindestzeit für Eltern nach einer Geburt oder

Adoption beinhaltet.

Damit hat sich das Europaparlament gegen die Forderung der Bundesregierung gestellt den Mutterschutz und die Zahlung Mutterschaftsgelds bei 14 Wochen zu belassen. In Deutschland wurde in diesem Zusammenhang sofort mit der Kostenexplosion argumentiert und auch gedroht. Dabei belegt eine entsprechende Parlamentsstudie, dass für die Kostendeckung der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs sich die Frauenerwerbsquote in der EU lediglich um 1,04 % erhöhen muss. Thomas Händel (Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales) stellt klar: „Die EU-2020-Strategie sieht eine Steigerung der Quote von 58,6% im Jahr 2009 auf 75% bis 2020 vor. Insofern ist die Kostendiskussion, die im Vorfeld der Abstimmung vor allem auch in

Deutschland geführt wurde, absurd.“

In Hinblick auf eine anzustrebende Gleichberechtigung von Eltern gibt es noch Potentiale, die nicht ausgeschöpft sind. Da lohnt sich ein Blick nach Schweden sowohl hinsichtlich der Problematik um das Lohngefälle zwischen Mann und Frau als auch die Dauer des Vaterschaftsurlaubs. Man könnte sagen, dass Deutschland mit Regelungen wie der Elternzeit (max. 170 Wochen) kein familienunfreundliches Land ist. Jedoch kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass bislang davon lediglich 14 Wochen als Mutterschaftsurlaub mit vollem Lohn gezahlt wurden.

Der Vorstoß des europäischen Parlaments ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung und Anpassung der Mindeststandards der Mutterschutzbestimmungen in den Mitgliedsländern. **Dr. Cornelia Ernst**

Erfolgreiches Schülerbandfestival

„Autumsmash“ im Anker

Cornelia Falken redet nicht nur von Bildungspolitik, sondern lebt sie ganz konkret und offensiv. Am 15. Oktober hat sie vier Schülerbands in den Anker eingeladen und ihnen eine Auftrittsmöglichkeit geboten. Und nicht nur die Jungs von Rockart, The Fruitcake, Belly Buttons und Saltlake Savors waren begeistert von der guten Stimmung im Anker, sondern mit ihnen fast 200 Jugendliche, die friedlich und ausgelassen bis weit nach Mitternacht getanzt, gefeiert und gerockt haben.

Die Party am Vorabend des 16. Oktober war selbstredend nur möglich, weil ganz viele GenossInnen und SympathisantInnen uns unterstützt haben. An erster Stelle sei hier Heike Engel vom Anker e.V. erwähnt. Sie hat dieses Festival gemeinsam mit dem Büro Falken unkompliziert vorbereitet, engagiert unterstützt und vor Ort mit dem Ton-techniker Florian ermöglicht. Johannes Hanf führte charmant durch den Abend,

wobei auch ihm nach Mitternacht anzumerken war, dass er der Partykondition der Teenager ein wenig entwachsen war. Der Stadtbezirksverband Nord hat Würste und Kartoffelsalat für die ausgehungerten Bandmitglieder finanziert und die Familie Pellmann Junior (Jana, Anja und Sören) sowie Andreas

und René Cremer haben vor Ort Conny Falken unterstützt. Ein ganz besonderer Dank gilt Tim Trommler, dem Schülerpraktikanten vom Anker, der in der Vorbereitung und Organisation eine unerlässliche und vor allem zuverlässige Unterstützung war.

Alles in allem: es war ein toller Abend, laut, rockig und gewaltfrei!

Dr. Skadi Jennicke



Leipzig-Grünau verliert ein Freiraumprojekt - Zur Schließung des Alternativen Jugendzentrums Bunte Platte

Am 18. Oktober 2010 gab der Bunte Platte e.V. offiziell die Schließung des von ihm verwalteten Alternativen Jugendzentrums in der Pfaffensteinstraße 12 bekannt.

Mehr als ein Jahr nach Eröffnung des Projektes war es den Jugendlichen unmöglich geworden, das Zentrum weiterzubetreiben. Als Gründe dafür benennen sie mangelnde individuelle Zeitressourcen. Ohne eine bezahlte Stelle sei es zudem unmöglich einen Jugendtreff offen zu halten.

Die Schließung des AJZ Bunte Platte ist bedauerlich. Der Anspruch einen selbstverwalteten Freiraum für die freie Entfaltung einer alternativer Jugendkultur zu schaffen, einen Freiraum, in dem kein Platz für Diskriminierungsdenken ist, war in Grünau richtig platziert. Bereits Ende der 1990er Jahre forderten Jugendliche einen solchen Raum, was ihnen damals allerdings verwehrt blieb.

Das Scheitern des AJZ Bunte Platte darf nicht dazu führen Skepsis gegenüber selbstorganisierten Jugendprojekten zu

entwickeln. Vielmehr muss auch vom städtischen Jugendamt sorgfältig analysiert werden, was in Sachen Bunte Platte schief gelaufen ist.

Dazu lohnt es sich zurückzublicken: Im Jahr 2007 mussten die Aktiven der Bunten Platte ihr Domizil in einem ehemaligen Kiosk nahe des Kulkwitzer Sees räumen. Danach begann eine lang währende und zähe Suche nach einem neuen Objekt. Hätten die Jugendlichen an dieser Stelle schnellere und unbürokratischere Unterstützung erfahren, wäre die Gruppe vielleicht nicht so brüchig geworden, wie sie es bereits war, als die Stadt Leipzig Mitte 2009 den ehemaligen OFT Olympic in der Pfaffensteinstraße 12 in ihre Hände gab. Eine fast zwei Jahre währende Suche mit wiederholtem Scheitern, zwei Jahre ohne festen Treffpunkt müssen bei einer Jugendgruppe negative Spuren hinterlassen.

Das Ende des AJZ Bunte Platte zeigt auch, dass das Betreiben eines selbstverwalteten Zentrums nicht nebenbei zu machen ist. Wie soll eine Gruppe

von Jugendlichen - neben Ausbildung, Berufstätigkeit und Privatleben - ein Haus samt inhaltlichen Angeboten betreiben, Fördermittel für Projekte akquirieren, Netzwerkarbeit im Stadtteil machen etc. - Aufgaben, für die andere Träger mehrere Stellen zur Verfügung haben?

Projekte wie es das AJZ Bunte Platte war, sind in Grünau dringend notwendig. Nicht nur dass der Stadtteil durch Überalterung und zunehmende Verarmung geprägt ist, bleibt er auch ein Hauptaktionsfeld von Neonazis. Vor diesem Hintergrund ist die Schließung des AJZ Bunte Platte besonders dramatisch.

Der Bunte Platte e.V. kündigte in seiner Presseerklärung zur Schließung des AJZ an weiter aktiv zu bleiben. So soll unter anderem auch 2011 wieder zum "Bunte Platte Cup" gegen Rassismus und Diskriminierung gekickt werden. Außerdem würden Aktionen und Veranstaltungen geplant werden. Engagierte und Interessierte, die in diesem Zusammenhang aktiv werden wollen, mögen sich über die Internetseite <http://tyl-anei.de/bunteplatte/> melden.

Juliane Nagel

Kritik der Grünen wäre in der Debatte hilfreicher gewesen

Die Kritik der Grünen am umweltpolitischen Bekenntnis der LINKEN ist unsachlich und erweckt den Eindruck, die Auseinandersetzung – vielleicht auch Konkurrenz – zu scheuen. Wie anders soll man es sehen, wenn die Grünen zur Diskussion auf dem Stadtparteitag eingeladen werden, ihre Teilnahme zusage, aber letztlich nicht erscheinen und

stattdessen erst mit Bezug auf die LVZ-Berichterstattung heftige Zweifel äußern. Sofern der zitierte Parteisprecher der Grünen kein Neuling in der Kommunalpolitik ist, dürfte bekannt sein, dass sich die LINKE im Stadtrat von jeher auch für umweltpolitische Themen engagiert, dabei eine Vielzahl von Anträgen eingebracht hat und dafür auch Mehrheiten finden

konnte. Genannt seien nur die Entwicklung des MDV, der Verzicht auf genmanipuliertes Saatgut und Futter, Kommunale Energiepolitik und Klimawandel oder das Controlling von Ausgleichsmaßnahmen. Die Fraktion DIE LINKE hat immer den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV oder das Rad, einschließlich entsprechender Finanzierungsvorschläge in den Haushaltsdebatten, unterstützt. Wer dies alles ignoriert, sollte nicht anderen die Siebenschläfermentalität unterstellen.

Sören Pellmann

Linksfraktion gegen Einschnitte im Jugendhilfebereich – Landesregierung und Stadt Leipzig sind in der Pflicht

Linksfraktion gegen Einschnitte im Jugendhilfebereich – Landesregierung und Stadt Leipzig sind in der Pflicht

Nachdem gestern in Dresden mehr als 10.000 Menschen gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen im Sozialen, im Bildungs-, Kultur- und Jugendhilfebereich protestierten, bleiben die Aussichten für den Bereich der Jugendhilfe ernüchternd. Bereits die im laufenden Jahr vorgenommene Absenkung der Jugendpauschale, die das Land pro Jugendlichen an die Kommunen und Kreise zahlt, wird von der Landesregierung voraussichtlich nicht zurückgenommen. Bereits im laufenden Jahr reißt diese Kürzung um ein Drittel ein großes Loch in den städtischen Jugendhilfe-Etat. Dabei wäre schon für den Erhalt des Status quo eine Erhöhung der Zuschüsse an die Träger der Jugendhilfe vonnöten. Gestie-

gene Sach- und Personalkosten belasten die Träger in hohem Maße. Zur Kürzung der Jugendpauschale kommt die vom CDU-Finanzbürgermeister angekündigte Rücknahme der im laufenden Jahr vorgenommenen Erhöhung des städtischen Jugendhilfeeats um 200.000 Euro hinzu. 720.000 Euro weniger für Angebote der Jugendhilfe sind somit im Jahr 2011 zu erwarten. Ein dramatischer Einschnitt, der auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, auf SozialarbeiterInnen, LehrerInnen und Eltern geht. Denn Jugendhilfe muss längst das kompensieren, was durch verfehlte Bildungs- und Sozialpolitik verursacht wird: wirtschaftliche und soziokulturelle Verarmung von Kindern und Jugendlichen.

Eine prozentuale Kürzung aller Angebote der Jugendhilfe, wie im laufenden Jahr vorgenommen, wird im nächsten Jahr

nicht möglich sein, denn dies würde zahlreiche Träger in ihrer Existenz bedrohen. Wie inzwischen bekannt wurde, plant die Stadt Leipzig die Schließung von Offenen Treffs, darunter die Halle 5, das BAFF und die EssE 74 – Angebote, die unabdingbare stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit leisten und die nicht zuletzt im Fachplan Kinder- und Jugendförderung der Stadt festgeschrieben sind.

Die Fraktion DIE LINKE wird sich vehement gegen Kürzungen im Kinder- und Jugendhilfebereich stellen. Wer in Zeiten florierender Geburtenraten, Jugendhilfeeinfrastruktur zurückbaut, handelt kurzsichtig! Weder die Schließung von etablierten, in den Stadtteilen verankerten Angeboten noch die anteiligen Kürzungen bei allen Trägern sind hinnehmbar. Die schwarz-gelbe Landesregierung, aber auch die Stadt Leipzig sind in der Pflicht die bestehende Jugendhilfeeinfrastruktur nicht nur zu erhalten, sondern auch zu qualifizieren. Dazu bedarf es der Rücknahme der Absenkung der Jugendpauschale sowie der Erhöhung des städtischen Jugendhilfe-Etats. **Juliane Nagel**

Bonews demagogische Drohkulisse

Finanzbürgermeister Torsten Bonew will offenbar die Privatisierung städtischer Beteiligungen um jeden Preis – ohne gründliche Analyse und Abwägung der damit verbundenen Folgen.

Dabei scheint ihm jedes Mittel recht, auch der Aufbau einer Drohkulisse: Entweder Verkauf oder drastische Einschnitte vor allem im sozialen Bereich, so sein Credo.

Bei näherer Betrachtung stellt sich das indes als oberflächlich und so nicht haltbar heraus. So dient seine Argumentation lediglich einem leicht durchschaubaren Ziel und ist daher pure Demagogie. Zunächst ignoriert er die Positionen der schwarz-gelben Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag heißt es wörtlich: „Eine

flächendeckende Breitbandversorgung gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Moderne Kommunikationsnetze schaffen verstärkten Zugang zu Informationen und damit mehr wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität.“ Folgt man dieser Meinung, fällt die SWL-Tochter HLkomm unter den nach wie vor gültigen Bürgerscheid gegen den Verkauf städtischer Beteiligungen.

Darüber hinaus ist es schlichtweg sachlich falsch, wenn Herr Bonew 1500 Kinderkrippenplätze als vermeintliche Einsparmasse annimmt. Die von ihm benannten 4,5 Mio. Euro beziehen sich auf alle Angebote im Bereich der Kindertagesbetreuung. Darunter sind 1000 Kindergarten-Plätze. Darauf besteht

ein Rechtsanspruch. Mithin stehen sie schlichtweg nicht zur Disposition. Nach dem Willen der Bundesregierung soll das ab 2013 auch für Kinderkrippenplätze gelten. Ein Zurückdrehen des Angebotes im Jahr 2011 zieht daher in den folgenden Jahren einen entsprechenden höheren Aufwand nach sich. Auch jene Drohung läuft deshalb ins Leere.

Und schließlich: Selbst wenn seine Rechnungen auf sachlich richtigen Annahmen beruhen würden, wäre es ein schlichtes Gebot der Redlichkeit, wenn Herr Bonew darüber aufklären würde, was er ab 2011 zu verkaufen gedenkt, um das Niveau der sozialen Angebote zu sichern! Sollte es eine solche Giftliste geben, gehört sie heute mit auf den Prüfstand.

Dr. Ilse Lauter

Leipzig benötigt eine Aufklärungskampagne zum Umgang mit kommunalen Telekommunikationsdienstleistern

Vor dem Hintergrund der von der LVV geplanten Veräußerungen von Anteilen der kommunalen TK-Unternehmen HLkomm und per data müssen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt durch eine breite Aufklärungskampagne über die strategische Bedeutung dieser Unternehmen für den regionalen Markt sowie auch die kommunalen Finanzen aufgeklärt werden. Es geht dabei vor allem um die Frage, welche Rolle die durch sie angebotenen Dienstleistungen für die von der Kommune zu gewährleistende Grundversorgung der Bevölkerung bereits heute hat – und in Zukunft noch haben wird. Nicht ignoriert werden darf dabei, dass eine wachsende Zahl von Branchenkennern und selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag inzwischen davon ausgehen, hier handelt es sich um kommunale Angebote der Daseinsvorsorge und damit um eine

strategische Säule der kommunalen Wirtschaft. Kaum ein anderer Sektor ist bei Wachstum und Innovation so dynamisch wie Telekommunikation und Datenübertragung. Die Anwendungen und Dienstleistungen, die über Internet und Datenleitungen angeboten werden, entwickeln sich mit rasender Geschwindigkeit und werden in den kommenden Jahren zunehmend den Alltag der Bürgerinnen und Bürger verändern. Auch das Ansehen der Stadt Leipzig als Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschlands wird durch die HLkomm nachhaltig gefördert. Inzwischen werden die erfolgreichen Konzepte der Stadtwerketochter von anderen Kommunen übernommen (Bochum) bzw. es wird verstärkt Interesse gezeigt (Esslingen, Saarlouis). Darüber hinaus ist die HLkomm eine hochprofitable Tochter der SWL. Durch ihre ergebnisorientierte Führung ist es

möglich, eine Ausschüttungspolitik umzusetzen, die ausschließlich der Stadt Leipzig zugute kommt. In den letzten zehn Jahren flossen durch sie 36 Millionen Euro in den Stadthaushalt Leipzigs. Die Gewinne der HLkomm dienen somit den Bürgerinnen und Bürgern Leipzigs unmittelbar.

Schließlich darf auch deren Bedeutung als Wirtschaftsfaktor für die Region nicht unberücksichtigt bleiben. So wurden durch die HLkomm seit 1997 ca. 90 Mio. Euro in die regionale Infrastruktur investiert, deren Auftragsvolumen zu rund 90 Prozent an mittelständische Unternehmen der Region vergeben wurde.

All jene Faktoren sind bei der Beantwortung der Frage zu berücksichtigen, ob der regionale Telekommunikationsmarkt zukünftig von nationalen oder internationalen Großunternehmen bestimmt werden soll.

Reiner Engemann
stellv. Fraktionsvorsitzender

Gönnerhafte Haltung der Leipziger CDU-Landtagsabgeordneten ist zynisch und schamlos zugleich!

Mit schamlos gönnerhafter Haltung verbuchen die drei Leipziger CDU-Landtagsabgeordneten Robert Clemen, Rolf Seidel und Sebastian Gemkow die partielle Rücknahme der Landeskürzungen im Bereich Kultur als ihren Erfolg. Völlig unerwähnt bleibt der wochenlange Protest der sächsischen Theater und ihrer Mitarbeiter, der Leipziger Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen selbst. Erst auf massiven politischen Druck gerade auch von der LINKEN haben sich die Koalitionsfraktionen – in der 2000seitigen Ergänzungsvorlage der Staatsregierung zum Doppelhaushalt steht übrigens kein Wort von diesen Korrekturen – entschlossen, partiell einzulenken. Wer sich jetzt hinstellt und behauptet, gegen die verbleibende Million Kürzung im Bereich der Leipziger Kultur müsse man nicht „auf die Barrikaden gehen“, agiert zynisch und verkennt den vielfältigen Reichtum der Leipziger Kultur. Eine verbleibende Kürzung um eine Million bei den drei großen Leipziger Häusern ist eben nicht „verkräftbar“, sondern immer noch ein

spürbarer Verlust und bedeutet konkret: weniger Angebot für Leipzig. Jetzt die punktuelle Rücknahme der Kürzungen gegeneinander aufwiegen zu wollen, ist unredlich und eine Ohrfeige für alle Kulturakteure sowie die Leipzigerinnen und Leipziger.

Das kulturpolitische Versagen auf Lan-

desebene erfordert nach wie vor ein geschlossenes Bündnis gegen die bevorstehenden Kürzungen. Angesichts dieser Sachlage ist das stilllose Vorgehen des Oberbürgermeisters gegen Kulturbürgermeister Michael Faber politisch das eindeutig falsche Signal und zeugt von Jungs mangelndem Gespür für die politische Gemengelage im Land.

Dr. Skadi Jennicke

Leipzig auf dem Weg zum Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz

Podiumsdiskussion der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig am **30. November, 19:00 Uhr**, im Ratsplenarsaal des Neuen Rathauses.

Als Gesprächspartner sind eingeladen:

- Arnfried Schlosser, Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Kultus und Sport (angefragt),
- Prof. Dr. Thomas Fabian, Bürgermeister für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule der Stadt Leipzig,
- Dr. Siegfried Haller, Leiter Jugendamt der Stadt Leipzig,
- Matthias Heinz, Geschäftsführer Kindervereinigung Leipzig e. V.,
- Konstanze Morgenroth, Vorsitzende Gesamtelternrat Kindertagesstätten
- Juliane Nagel, jugendpolitische Sprecherin, Rüdiger Ulrich, stellv. Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, Fraktion DIE LINKE.

Die Moderation übernimmt Dr. Skadi Jennicke.

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

1. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 10:00 bis 11:00 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale,

Straße des 18. Oktober 10 a

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

dienstags, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 5.015, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Mi., 24. November 2010 - 19:00 Uhr

Bürgerforum mit Torsten Bonew, Finanzbürgermeister der Stadt Leipzig und Steffen Wehmann, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Stadtrat zu Leipzig zum Thema: Sparen wir Leipzig kaputt oder leben wir über unsere Verhältnisse. Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Do., 25. November 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 25. November 2010 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Birgit Mai, Stadtteilzentrum Anker, Renftstr. 1.

Mo., 29. November 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 30. November 2010 - 12:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 30. November 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Ilse Lauter, Neues Rathaus, Zimmer 186.

Mi., 1. Dezember 2010 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volkmarisdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 2. Dezember 2010 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Geschichte der Arbeiterbewegung - The Frock-Coated Communist, mit Prof. Dr. Manfred Neuhaus, RLS.

Sa., 4. Dezember 2010 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: "Die Stille nach dem Schuss". Der Eintritt ist frei. LHL.

Mi., 8. Dezember 2010 - 11:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Stadteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Straße 138.

Mi., 8. Dezember 2010 - 18:00 Uhr

Lesung und Gespräch: Akademische Freiheiten in der DDR und der BRD. Lesung aus zwei neuen Büchern: »Marginalien zur Leipziger Universitätsgeschichte« und »Festschrift Hans Bohrmann« Mit Dr. Matthias John Moderation: Dr. Manfred Hötzel Zeitgeschichte, RLS.

Do., 9. Dezember 2010 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 9. Dezember 2010 - 18:00 Uhr

Buchvorstellung: Lateinamerika und der »Generalstab der Revolution«, mit Prof. Dr. Klaus Meschkat, Hannover und Prof. Dr. Hans Piazza, Leipzig Moderation: Dr. Peter Gärtner, Leipzig, RLS.

Fr., 10. Dezember 2010 - 14:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Birgit Mai, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Horst-Heilmann-Straße 4.

Mo., 13. Dezember 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 14. Dezember 2010 - 12:30 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Coppistraße 63.

Di., 14. Dezember 2010 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Pia-Naomi Witte, Bürgerbüro MdL Dr. Volker Külöw, Georg-Schwarz-Straße 8.

Hartz IV

Notruftelefon

01578 – 352 20 14

Mo. bis Sa.

8:00 bis 20:00 Uhr

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18, web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto-Nr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 12/2010 ist Donnerstag, 9. Dezember 2010. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.